

Stand: 20.04.2026 06:35:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26040

"Jetzt entschlossen handeln: Mehr Lehrkräfte, kostenlose Meisterausbildung und 29-Euro-Ticket für Auszubildende und Studierende sofort umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26040 vom 24.01.2023
2. Beschluss des Plenums 18/26129 vom 25.01.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 133 vom 25.01.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Matthias Fischbach, Albert Duin, Sebastian Körber, Alexander Muthmann, Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Helmut Kaltenhauser, Helmut Markwort, Franz Josef Pschierer, Christoph Skutella, Dr. Dominik Spitzer** und Fraktion (FDP),

Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Annette Karl, Doris Rauscher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann und Fraktion (SPD)

Jetzt entschlossen handeln: Mehr Lehrkräfte, kostenlose Meisterausbildung und 29-Euro-Ticket für Auszubildende und Studierende sofort umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die Ziele, an Bayerns Schulen 8 000 neue Stellen für Lehr- und Verwaltungskräfte, Sozialpädagogen und Schulpsychologen zu schaffen, ein 29-Euro-Ticket für Auszubildende und Studierende einzuführen und die Meisterausbildung kostenfrei zu gestalten.

Daher fordert der Landtag die Staatsregierung auf, folgende Maßnahmen unverzüglich umzusetzen:

- Ein Konzept zur Vereinfachung und Steigerung der Attraktivität des Lehramtsstudiums in Bayern, beispielsweise durch die Schaffung von mehr Studienkapazitäten, der Abschaffung des Numerus Clausus, durch die Erneuerung des Lehramtsstudiums hin zu mehr Praxisorientierung und Flexibilität. Das Konzept soll dem Landtag bis Juni 2023 vorgelegt werden.
- Die Übernahme der Kosten für die Meisterausbildung und allen gleichwertigen Berufsausbildungen durch den Freistaat rückwirkend zum Januar 2023.
- Die Einführung eines 29-Euro-Tickets für Auszubildende und Studierende für den Freistaat zum Sommersemester 2023.

Begründung:

Die Fraktionen von SPD und FDP teilen die politische Bedeutung der angekündigten Ziele, bei denen es sich um langjährige Forderungen beider Fraktionen handelt. Es gilt allerdings sicherzustellen, dass es sich dabei wenige Monate vor der Landtagswahl 2023 nicht um vorgeschobene Wahlkampfversprechen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, sondern um ernsthafte Anliegen handelt, die im Interesse der Menschen in Bayern konkret und sofort umgesetzt werden. Denn angesichts des eklatanten Mangels an Lehrkräften, Handwerkern und Fachkräften in Bayern bedarf es zielgerichteter Maßnahmen, die umgehend eingeleitet werden.

Bereits heute trägt der Bund über das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (Aufstiegs-BaföG – AFBG) 50 Prozent der bei einer Meisterausbildung entstehenden Kosten. Weitere 50 Prozent können über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) finanziert

werden. Bei erfolgreicher Meister- bzw. gleichwertiger Fortbildungsprüfung, übernimmt der Bund weitere 25 Prozent, in Summe also 75 Prozent.

Bei anschließender Gründung durch die frischgebackene Meisterin oder dem Meister, zahlt der Bund die komplette Ausbildung, also 100 Prozent.

Gerade mit Blick auf eine Reihe bislang nicht umgesetzter Ankündigungen von CSU-Fraktion und Fraktion FREIE WÄHLER zu Beginn der Legislaturperiode 2018 (z. B. Bau von 10 000 neuen Wohnungen durch die BayernHeim, Pflegeplatzgarantie, 365-Euro-Ticket für Bayerns Großstädte), muss gewährleistet sein, dass die gesetzten Ziele auf konkreten Handlungsmaßnahmen fußen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Matthias Fischbach, Albert Duin, Sebastian Körber, Alexander Muthmann, Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Helmut Kaltenhauser, Helmut Markwort, Franz Josef Pschierer, Christoph Skutella, Dr. Dominik Spitzer** und **Fraktion (FDP),**

Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Margit Wild, Annette Karl, Doris Rauscher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/26040

Jetzt entschlossen handeln: Mehr Lehrkräfte, kostenlose Meisterausbildung und 29-Euro-Ticket für Auszubildende und Studierende sofort umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Hagen

Abg. Florian von Brunn

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Thomas Gehring

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Oskar Atzinger

Staatsminister Christian Bernreiter

Abg. Sebastian Körber

Abg. Dr. Markus Büchler

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Martin Hagen, Julika Sandt, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP),
Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer u. a. und
Fraktion (SPD)**

**Jetzt entschlossen handeln: Mehr Lehrkräfte, kostenlose Meisterausbildung und
29-Euro-Ticket für Auszubildende und Studierende sofort umsetzen**

(Drs. 18/26040)

Wenn die meisten Kolleginnen und Kollegen ihre Plätze eingenommen haben, würde ich die Aussprache eröffnen. Ich erteile dem Kollegen Martin Hagen, dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, das Wort.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Große Ankündigungen waren und sind das Markenzeichen der Regierung Söder. Die Umsetzung – das wissen wir spätestens nach dieser Legislaturperiode – ist es nicht. Zentrale Projekte, die sich die schwarz-orange Koalition 2018 in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen hat, muss man heute als gescheitert ansehen. Diese Regierung hat – vom 365-Euro-Ticket über die Pflegeplatzgarantie bis hin zu den versprochenen 10.000 neuen Wohnungen – nicht geliefert.

(Beifall bei der FDP sowie des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Jetzt legt der Ministerpräsident zum Beginn des Wahlkampfes mit neuen Ankündigungen nach. Dabei bedient er sich mangels eigener Ideen langjähriger Forderungen der Opposition. 8.000 neue Personalstellen für die Schulen, ein 29-Euro-Ticket für Auszubildende und Studierende sowie eine kostenfreie Meisterausbildung stellt er in Aus-

sicht. Letzteres – daran erinnere ich mich gut – hat meine Fraktion zum Beispiel erst vor zwei Monaten hier im Plenum zur Abstimmung gestellt. Damals haben CSU und FREIE WÄHLER das abgelehnt.

Der Sinneswandel bei der Frage der kostenlosen Meisterausbildung ist erfreulich. Mir geht es hier nicht darum, auf ein Copyright zu pochen, sondern mir geht es darum, dass wir in die Umsetzung kommen. Diesmal darf es nicht bei hohlen Ankündigungen bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Deswegen nehmen wir Markus Söder heute beim Wort: Hic Rhodus, hic salta. Wenn die CSU schon Forderungen der Opposition übernimmt, dann machen wir doch jetzt auch einfach Nägel mit Köpfen. Es gibt keinen Grund, mit der Umsetzung wichtiger Maßnahmen bis nach der Landtagswahl zu warten. Beschließen wir jetzt heute die Umsetzung noch in diesem Jahr! Wir schlagen Ihnen mit diesem interfraktionellen Antrag ganz konkret erstens ein Konzept zur Vereinfachung und zur Steigerung der Attraktivität des Lehramtstudiums in Bayern vor. Dies kann beispielsweise durch die Schaffung von mehr Studienkapazitäten, die Abschaffung des Numerus clausus und die Erneuerung des Lehramtstudiums hin zu mehr Praxisorientierung und Flexibilität gelingen. Das Konzept soll dem Landtag vorgelegt werden, und zwar nicht irgendwann, sondern bis Juni 2023.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Wir schlagen Ihnen zweitens die Übernahme der Kosten für die Meisterausbildung und alle gleichwertigen Berufsausbildungen durch den Freistaat vor – nicht irgendwann, sondern sofort und rückwirkend zum Januar 2023.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, wir schlagen Ihnen die Einführung eines 29-Euro-Tickets für Auszubildende und Studierende für den Freistaat Bayern vor – nicht irgendwann, sondern zum Sommersemester 2023.

Meine Damen und Herren, der Mangel an Fachkräften, an Lehrkräften und im Handwerk – er duldet keinen Aufschub. Die Bürger in Bayern erwarten hier jetzt keine Wahlversprechen, sondern sie erwarten, dass die Politik handelt, dass sie ihre Probleme löst. Wir reichen Ihnen mit diesem interfraktionellen Antrag von SPD und FDP die Hand. Stimmen Sie zu! Tun wir gemeinsam etwas Gutes für unser Land Bayern!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Ich gebe bekannt, dass zu diesem Dringlichkeitsantrag, Drucksache 18/26040, von der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ebenso wurde zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/26081 von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt. – Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende Florian von Brunn, SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, wir wollen eine kostenfreie Meisterausbildung; sie muss genauso kostenfrei sein wie ein Studium.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen ein günstiges 29-Euro-Ticket für alle Azubis und alle Studierenden in Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen mehr Lehrerinnen und Lehrer für unsere Kinder und für gute Schulen. Das sind wichtige Themen – wichtig für die Menschen in Bayern –, und das sind Herzensanliegen, für die wir als SPD entschlossen eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Diese Themen müssen ernsthaft angepackt werden. Sie dürfen keine leeren Ankündigungen, keine Wahlkampfversprechen eines Ankündigungspolitikers sein, keine leeren Versprechungen einer Koalition auf ihren letzten Metern.

(Beifall bei der SPD und der FDP – Lachen bei der CSU – Tobias Reiß (CSU):
Die Mini-Ampel!)

Wir wollen das voranbringen, weil Bayern das braucht, weil die Menschen das brauchen. Deswegen helfen wir ihnen gerne. Wir stellen heute die Ankündigungen von Markus Söder zur Abstimmung,

(Beifall bei der SPD und der FDP – Tobias Reiß (CSU): Weil ihr keine eigenen Ideen habt!)

aber nicht unverbindlich, sondern konkret, nicht nach dem Motto "Nach der Wahl schau mer mal", sondern jetzt, noch in diesem Jahr und noch vor der Wahl, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Wir wollen die kostenfreie Meisterausbildung jetzt, wir wollen das 29-Euro-Ticket jetzt, und wir wollen mehr Lehrerinnen und Lehrer jetzt. Sie können heute zeigen, ob Sie das auch wollen und ob Sie das wirklich ernst meinen.

(Beifall bei der SPD und der FDP – Zurufe von der CSU)

Ich verstehe ja, dass Sie das aufregt. Sie verstehen aber sicher auch, dass wir schönen Worten und Versprechungen nicht mehr ganz glauben. Es gab schon sehr viele davon. In großen Ankündigungen ist Markus Söder ja Weltmeister. Gebacken werden dann allerdings meist ganz kleine Brötchen; oftmals bleibt die Theke sogar ganz leer. Das kann ich gerne belegen. Ich will einige Beispiele nennen; Sie kennen sie aber

selbst sehr gut. 2018 hat Markus Söder Tausende neu gebaute BayernHeim-Wohnungen versprochen; fertig gebaut wurde keine einzige.

(Zuruf von der CSU: So wie der Bund!)

2018 hat er eine Pflegeplatzgarantie ausgesprochen, ab diesem Jahr; aber es fehlen Pflegeplätze, und in Bayern müssen sogar Pflegeheime schließen. 2019 hat er dann hundert neue zusätzliche Windräder im Wald versprochen; gebaut worden ist davon kein einziges. Und das Allerbeste: Bei seinem Amtsantritt hat er ein ganz neues Teamdenken versprochen. Armin Laschet kann ein Lied davon singen!

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wissen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der schwarz-orangen Koalition, Markus Söders Agieren kommt mir vor wie das einer schlechten Wetterstation: Am Morgen wird immer der Finger in den Wind gehalten, dann wird mit großen Worten ein Orkan angekündigt, der sich, wenn überhaupt, als laues Lüftchen entpuppt. Ich stelle fest: Mit der ganzen heißen Luft aus vier Jahren könnten Sie nicht einmal ein Windrad betreiben, wenn Sie denn überhaupt eines gebaut hätten.

Wissen Sie, was es nicht besser macht? – Wenn Sie dann immer ankündigen, es sei etwas in der Pipeline. Die Pipeline von Ihnen oder von Herrn Söder scheint nicht so richtig zu funktionieren, sie ist irgendwie verstopft; wir warten immer, aber es kommt nichts aus dieser Pipeline. Deswegen helfen wir Ihnen heute gerne auf die Sprünge. Wir als Opposition sind ja auch serviceorientiert, aber nicht in Ihrem Interesse, sondern im Interesse der Menschen in Bayern.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): In Ihrem eigenen Interesse!)

Die Menschen in Bayern haben nämlich machen statt reden verdient, handeln statt immer nur zu södern; sie haben Umsetzung verdient. Wir werden jetzt sehen, ob Sie dazu bereit sind. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege.

Vor dem nächsten Redner gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "zur Verbesserung der Agrarstruktur in Bayern (Bayerisches landwirtschaftliches Bodeneigentumsgesetz)" auf Drucksache 18/23310 bekannt: Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 111 Abgeordnete gestimmt, eine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Als Nächstem erteile ich Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das ist schon ein bemerkenswerter Antrag. Die FDP, Herr Hagen, und die SPD, Herr von Brunn, also quasi eine bayerische Mini-Ampel-Opposition, haben sich, soweit ich das überblicke, in dieser Legislaturperiode erstmals zu einer gemeinsamen Dringlichkeitsantragsstellung zusammengefunden und dabei scheinbar – und das ist auch bemerkenswert – ihre Begeisterung für Ziele der Bayerischen Staatsregierung zum Ausdruck gebracht.

Kolleginnen und Kollegen, diese neue politische Zusammenarbeit in der bayerischen Mini-Ampel-Opposition – Herr von Brunn, Sie haben sehr viele Bilder benutzt – ist schon vom Bild her sehr merkwürdig; denn Kolleginnen und Kollegen, Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel: Wofür steht denn das Rot in der Ampel? – Eine rote Ampel heißt für mich: Stehen bleiben! Was heißt gelb, Herr Kollege Hagen? – Gelb heißt: Wenn möglich, anhalten!

(Martin Hagen (FDP): Sie wollen schwarzfahren!)

Ihre Mini-Ampel-Opposition beschäftigt sich also mit Zielen der Bayerischen Staatsregierung und drückt eigentlich doch nur eines aus: Stehen bleiben und anhalten! Das ist doch das, wofür Sie auch in Berlin in Ihrer Koalition stehen: Anhalten und Stillstand!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Das ist aber ein rhetorisches Feuerwerk, das Sie hier heute abbrennen! Ich bin schwer beeindruckt!)

Sie meinen, dass Sie die Bayerische Staatsregierung zu etwas auffordern müssten.

(Florian von Brunn (SPD): Das haben Sie schon einmal besser gemacht!)

Kolleginnen und Kollegen, sehen Sie sich das Programm unserer bürgerlichen Koalition an. Diese bürgerliche Koalition ist eben keine Koalition für das Anhalten und für das Stillstehen, sondern wir haben Bayern in den ersten Jahren der Koalition weiter bewegt als Sie mit Ihrer Konstellation die Politik in Berlin in vier Jahren oder in acht Jahren. Die GRÜNEN sind dort noch dabei. Das ist quasi das dynamische Element der großen Ampel. Das fehlt hier bei Ihrer Arbeitsgemeinschaft, Herr Hagen. Wir haben mehr durchgesetzt, als Sie in Berlin jemals durchsetzen werden. Sehen Sie sich die Hightech Agenda an; sehen Sie sich die Universitäten an; sehen Sie sich die anderen Bereiche an. Natürlich geht nicht immer alles. Wir haben aber Bayern in der bisherigen Zeit der Legislaturperiode weit vorangebracht.

(Florian von Brunn (SPD): Verwaltet, aber nicht gestaltet!)

Kolleginnen und Kollegen, Sie tun jetzt so, als würden Sie uns mit diesem Antrag die Hand reichen. Sehen Sie sich den Antrag an, und lesen Sie sich ihn durch. Wir brauchen Ihre Aufforderungen nicht; denn wir werden die ausgegebenen Ziele so schnell wie möglich, aber auch so gründlich wie möglich durchsetzen. Wenn Sie wirklich für eine gemeinsame Bewegung die Hand reichen wollen, dann sollten Sie in die Begründung keine Unverschämtheiten hineinschreiben, sondern sich mit der Sache beschäftigen.

Kolleginnen und Kollegen, was Sie hier tun, Herr Hagen, ist schon scheinheilig. Es ist doch völlig klar, dass das 29-Euro-Ticket nur dann strukturiert werden kann, wenn die große bundesweite Richtung für das 49-Euro-Ticket steht.

(Florian von Brunn (SPD): Sie sollen es nicht strukturieren, sondern einführen!)

Wir werden das 29-Euro-Ticket im Wintersemester 2023/2024 durchsetzen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Warum nicht sofort?)

Wir setzen es dann durch, wenn die Strukturen für das 49-Euro-Ticket klar sind; denn nur dann geht das. Wer ist für das 49-Euro-Ticket zuständig, und wer hat es bisher nicht geschafft, es durchzusetzen?

(Florian von Brunn (SPD): Ausreden, Ausreden! – Martin Hagen (FDP): Sie stehen auf der Bremse!)

Das sind Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin und niemand anderes sonst.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Hagen (FDP): Die Länder stehen auf der Bremse!)

Kolleginnen und Kollegen, der Herr Kultusminister ist da und hört zu. So unattraktiv, Kolleginnen und Kollegen, sind die Lehramtsstudiengänge, ist der Lehrerberuf in Bayern nicht. Natürlich hat der Ministerpräsident ein ganzes Bündel von zentralen Zielmarken ausgegeben: mehr Flexibilität, mehr Praxis und auch eine bessere Besoldung, mehr Unterstützung durch Verwaltungsbeamte und Schulpsychologen. Das werden wir alles tun. Wir haben im Übrigen in dieser Legislaturperiode auch schon die Zahl der Studienplätze in diesem Bereich gesteigert. Das ist auch richtig und notwendig. Aber, Kolleginnen und Kollegen, wir tun hier etwas und wir sind auf dem Weg, während Sie in Berlin bei anderen Projekten einfach nur reden und quasseln und nicht vorankommen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Deshalb ist es eine bodenlose Frechheit, wenn Sie hier so tun, als ob Sie die Staatsregierung mit Ihrem Antrag unterstützen wollen.

(Widerspruch der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Sie machen auf billige Polemik, und auf eine solche billige Polemik antwortet man auch in etwas schärferer Art und Weise.

(Florian von Brunn (SPD): Mit billiger Polemik kennen Sie sich ja aus!)

In all den Bereichen, wo Sie hier mit Fristsetzung, würde ich als Jurist sagen, versuchen, die Bayerische Staatsregierung in die Defensive zu drängen, werden Sie das nicht schaffen.

(Ruth Müller (SPD): Da seid ihr schon drin!)

Sie schaffen es vor allem deshalb nicht, weil Ihre Politik in Berlin zeigt, dass Sie als Mini-Ampel für das Anhalten und Stehenbleiben stehen, und nicht für das Anpacken von Problemen.

(Florian von Brunn (SPD): Da seid ihr das beste Beispiel dafür!)

Sie machen mit Ihrem Antrag auch deutlich, dass Sie für Bayern keine eigenen Ideen haben, sondern sich darauf beschränken, zu fordern, dass die Bayerische Staatsregierung Ihre Ideen umsetzt. Sie sind letztlich hier in der Position, dass Sie einen – um es mal im juristischen Sprachprogramm zu formulieren – omnimodo facturatus versuchen aufzufordern.

(Matthias Fischbach (FDP): Kommen Sie zum Schluss. Das tut doch weh!)

Das hat keinen Zweck, sondern das ist billige Polemik.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Deshalb werden wir zwar die Ziele durchsetzen, die die Bayerische Staatsregierung formuliert hat, aber wir werden Ihrem Antrag, Ihrer billigen Polemik, natürlich nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Das war auch eine laue Rede! Sehr defensiv!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Vizepräsident Thomas Gehring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Prof. Bausback, zu Ihren Ampel- oder Farbenpolemiken: Ersparen Sie es mir, dass ich jetzt über die Farbe Schwarz philosophiere. Aber ich kann jetzt sicher sein: Etwas Optimistisches kommt dabei nicht heraus.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Black is beautiful, Herr Kollege!)

Aber wir schauen ja in die Zukunft, und ich muss schon sagen: Da hat er letzte Woche richtig einen rausgehauen, der Bayerische Ministerpräsident: 8.000 Stellen an Schulen, 6.000 Lehrkräfte und 2.000 andere pädagogische Kräfte.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Haben Sie etwas dagegen?)

Das ist Wahlkampf in der Endspurtphase, ein Dreivierteljahr vor der Wahl.

(Tobias Reiß (CSU): Wir haben auch in dieser Legislatur 6.000 Lehrerstellen geschaffen! – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Wir haben 1.000 Professorenstellen geschaffen!)

Ich bin gespannt, ob die Luft da noch bis zum Oktober reicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens gibt es zu diesen Stellen kein Wort zur Finanzierung, kein Wort, wie Sie das mit der Schuldenbremse machen wollen. Der Finanzminister ist da sehr schweigsam.

(Widerspruch des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Herr Kollege, und jetzt kommen Sie noch mit den Meistern daher. Ich kann sagen: Guten Morgen, CSU! Endlich aufgewacht! Wenn Sie beim nächsten Tagesordnungspunkt noch wach sind, wird Ihnen die Kollegin Barbara Fuchs erzählen, wie man gute Politik für das Handwerk in Bayern macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde ja ein paar andere Ankündigungen auch interessant, zum Beispiel: Was sind die Motive, um jetzt auf einmal die Altersbegrenzung für Landräte und Oberbürgermeister aufzuheben? Ich erinnere mich noch an Ihren heftigen Widerstand dagegen, damals im Dienstrechtsausschuss. Dann frage ich mich schon, wenn Sie schon bei diesen Altersgrenzen sind, warum Sie dann nicht für die Abschaffung der Grenze von 40 Jahren für Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sorgen. Welche Gefühle leiten Sie da? Ist das vielleicht doch so etwas wie Angst?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann hat der Ministerpräsident seine Ankündigung, dass er nur zehn Jahre amtieren will, jetzt schon wieder zurückgenommen. Er hat gesagt, dass er vielleicht doch länger bleiben will.

(Widerspruch des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU) – Florian von Brunn (SPD): Er will uns noch länger beglücken; zum Glück wollen das die Wähler nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte nichts davon – –

(Widerspruch der Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU) und Tobias Reiß (CSU))

– Ich sage es Ihnen. Hören Sie mal zu. Ich halte wirklich nichts davon, in der Verfassung festzuschreiben, wie lange der Ministerpräsident amtieren soll. Denn das Recht, über die Dauer eines Ministerpräsidentenamtes zu entscheiden, haben laut Verfassung die Wählerinnen und Wähler. Die Wählerinnen und Wähler sagen, wie lange ein Ministerpräsident im Amt bleibt und wie lange nicht. Am 8. Oktober ist die Wahl, und dann haben die Wählerinnen und Wähler die Chance, die Amtszeit dieses Ministerpräsidenten zu beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Aber machen wir mal ein bisschen konkret, was in diesen Ankündigungen des Ministerpräsidenten steht. Dieser Antrag von FDP und SPD ist der richtige Ort dafür.

Man kann gut Stellen versprechen. Das ist einfach. Verantwortliche Personalpolitik für Schulen ist etwas anderes. Klar, 8.000 Stellen sind toll. Aber es gibt ein Allgäuer Sprichwort, und das heißt: "Für all braucht man di Lit." Auf gut Deutsch: Für alles braucht man die Leute. Wir haben die Leute für die Schulen momentan nicht.

Das ist doch unser Problem. Da kann ich noch so viele Stellen versprechen. Wir haben nicht die Leute, um die jetzt vorhandenen Stellen zu besetzen. Die Studienanfängerzahlen im Bereich der Mittelschulen sind an einzelnen Hochschulen einstellig. Das Erstsemester Mittelschule in Augsburg ist einstellig. Wir brauchen aber Tausende an den Mittelschulen. Das wird also nicht aufgehen; da können Sie noch so viele Stellen versprechen.

Wir haben fraktionsübergreifend für mehr Studienplätze für Sonderpädagogen gesorgt. Die Nachfrage ist nicht berauschend, aber wir brauchen sie auch für die Inklusion an der Regelschule. Trotzdem haben wir gleichzeitig einen Numerus clausus an den Grundschulen. Wie widersinnig ist diese Steuerung Ihrer Personalpolitik?

Jetzt soll es eine Studienreform für Lehrerbildung geben. Der Ministerpräsident hat das angekündigt. Da kann ich auch nur sagen: Guten Morgen! Übrigens gab es bei diesem Thema sogar ein kurzes Aufflackern einer FREIEN-WÄHLER-Bildungspolitik. Das war gleich wieder rum. Es bleibt so CSU-lastig wie bisher. Okay. Aber dann lasst uns jetzt mit der Lehrerbildung beginnen. Lasst uns anfangen, lasst uns das solide aufsetzen, lasst uns jetzt mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, mit Praktikern darüber reden, wie die Lehrerbildung in Bayern aufgesetzt werden muss. Lasst uns jetzt beginnen und nicht erst für die Zukunft versprechen.

Entscheidend ist aber, dass wir das Lehramt attraktiver machen, dass wir die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer jetzt verbessern; denn man sieht, wie es momentan ist: Es brennt an unseren Schulen an allen Enden. Die Situation ist schwierig. Deswegen muss man etwas tun, um sie jetzt zu verbessern, damit die Lehrkräfte tatsächlich gute pädagogische Arbeit machen können. Das heißt jetzt mehr Verwaltungskräfte, und zwar gut ausgestattet und gut bezahlt, um den Lehrkräften Arbeit abzunehmen. Das heißt zweitens jetzt Unterstützung mit zweiten pädagogischen Kräften, mit klaren Anstellungsverhältnissen, der Ausbildung entsprechend. Das heißt Abbau der Bürokratie durch das Kultusministerium. Wer ein 29-seitiges Schreiben lesen muss, in dem es darum geht, wie schwangere Lehrkräfte eingesetzt werden oder nicht, der kann in dieser Zeit nicht unterrichten und er kann auch keine Schulentwicklung machen. Vermutlich wird er es noch ein zweites Mal lesen müssen, damit er es überhaupt versteht.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen: A 13 jetzt. Der Ministerpräsident hat gesagt, dass wir irgendwann in der nächsten Legislaturperiode mit den Mittelschullehrkräften anfangen. Das ist nichts.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir können jetzt bei diesen Haushaltsverhandlungen die ersten Summen reinsetzen und das im Stufenplan aufbauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch viel Wahlkampf. Ich freue mich darauf, auch auf die polemischen Auseinandersetzungen. Aber wir sollten uns in der Polemik noch etwas aufheben, damit wir dann im August und September ein bisschen nachlegen können. Darum würde ich sagen: Momentan gilt – auch auf gut Allgäuerisch –: Nit schwätze, sondern schaffe!

(Beifall bei den GRÜNEN – Florian von Brunn (SPD): Genau! Sehr gut!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Kollegen Prof. Dr. Winfried Bausback, CSU-Fraktion, das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, ich will zu einigen Ihrer Punkte doch noch etwas nachliefern. Sie haben den lokalen N.c. für das Lehramt an Grundschulen erwähnt. Wenn ich jetzt nicht ganz falsch informiert bin, gibt es einen lokalen N.c. nur noch in Würzburg und in Bamberg. Dort ist er meines Wissens kapazitätsmäßig begründet.

(Florian von Brunn (SPD): Und wer ist zuständig für die Kapazität?)

Für die Qualität ist es natürlich notwendig, dass man Hörsäle nicht doppelt und dreifach belegt. Insoweit gibt es bayernweit keinen N.c. Es gibt nur noch zwei Studienstandorte mit N.c. Auch da wird man versuchen, örtlich eine Lösung zu finden.

Dann haben Sie noch gesagt, Sie wollen die Neustrukturierung des Studiums solider aufsetzen. In der Tat hat der Ministerpräsident meiner Erkenntnis nach auch von einer Expertenkommission gesprochen, die eingesetzt wird. Ich finde, das ist solides Vorgehen. Jedenfalls solider, als wenn man eine Fristsetzung aufsetzt. So steht es in Ihrem Antrag drin, also bis Juli.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Bausback, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Ich meine, wenn Sie mal genauer hinschauen, dann ist unsere Forderung durchaus solider als das, was in Ihrem Antrag steht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Thomas Gehring (GRÜNE): Wenn Sie genauer auf die Diskussionen der letzten Jahre über die Lehrerbildung schauen, dann stellen Sie fest, wir haben seitens der CSU ein ideologisches Blockieren aller Reformvorschläge gehabt. Wir haben jetzt einen Kultusminister, der die letzten vier Jahre dazu keine einzige Initiative ergriffen hat. Wir haben jetzt Druck, tatsächlich etwas zu tun. Ich finde es gut, wenn Sie das vernünftig aufsetzen wollen. Wir sind dabei. Wir werden Ihnen zeigen, wie das geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Fabian Mehring für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Sie haben das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß ja nicht, wie es Ihnen gegangen ist. Als ich den zu beratenden Dringlichkeitsantrag zum ersten Mal gelesen habe, da war für mich spontan klar: Er kann eigentlich nur augenzwinkernd gemeint sein, da Bayern so langsam auf den Höhepunkt des Faschings zusteuert. FDP und SPD sind offenbar der Auffassung, dass es deshalb auch eines vorläufigen kabarettistischen Höhepunkts des gemeinsamen Oppositionshandelns hier im Bayerischen Landtag bedürfe. Führen wir uns einmal objektiv und nüchtern vor Augen, was Sie da in Gestalt eines Dringlichkeitsantrags zusammengewürfelt und, um im Bild zu bleiben, mit "Büttenreden" unterfüttert haben, kommt das einer parlamentarischen Bankrotterklärung der Opposition gleich.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Deshalb wundert es mich auch nicht, dass die GRÜNEN diesen Dringlichkeitsantrag als zu absurd erachtet haben, um da mitzumachen. Im Bayerischen Landtag ist es jedoch wie im echten Leben: Jeder blamiert sich eben, so gut er kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir, die Gelegenheit zu nutzen, um mindestens zwei Bemerkungen zu machen, um zu sezieren, zu dechiffrieren und Ihnen vor Augen zu führen, was Sie hier eigentlich beantragen.

Die erste Bemerkung. Sie nutzen das parlamentarische Instrument eines Dringlichkeitsantrags, also die Option, das ins Parlament hineinzutragen, was Sie mit Ihren Fraktionen in dieser Woche für das Allerwichtigste für unser Land und seine Menschen halten. Und da fällt der SPD und der FDP tatsächlich nichts anderes ein, als das in einen Antrag zu schreiben, was die regierende Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU bereits angekündigt hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine noch eindrucksvollere Bestätigung der Richtigkeit des Regierungshandelns und eine noch eindrucksvollere Bestätigung der Einfallslosigkeit und Überflüssigkeit Ihrer Oppositionsarbeit ist gar nicht mehr denkbar.

(Florian von Brunn (SPD): Was ist Ihre Definition von Handeln?)

– Herr von Brunn, erlauben Sie mir, noch die zweite Pointe aufzugreifen, die Sie in diesem Dringlichkeitsantrag versteckt haben. Sie schreiben im ersten Satz Ihrer Begründung, was die Bayernkoalition angekündigt habe, entspreche langjährigen Forderungen Ihrer beiden Parteien. – Herr Hagen und Herr von Brunn, ich muss Sie fragen: Wie kommen Sie dazu, bzw. wer regiert denn eigentlich in Berlin? Warum schlagen wir in Bayern ein 29-Euro-Ticket vor? – Weil Sie in Berlin kein 29-Euro-Ticket auf den Weg bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wieso setzen wir uns für die Kostenfreiheit der Meisterausbildung ein? – Weil wir bereits im letzten Jahr eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht haben, bei der Ihre Parteikollegen in Berlin angekündigt haben, dass sie sie ablehnen würden. Deshalb machen wir das in Bayern jetzt selbst. Sie sagen, dies wären langjährige Forderungen Ihrer Parteien. Da gibt es nur zwei Deutungsmuster. Das erste ist das für Sie charmantere: Entweder Sie wissen überhaupt gar nicht, was Ihre in Berlin regierenden Parteifreunde tun, oder – und das ist bedeutend wahrscheinlicher und für Bayern viel schlimmer – Sie haben aus Bayern heraus in Ihren Parteien nicht die Bohne, nicht das Geringste zu sagen. Da ist es gut, wenn Sie das den Menschen in Bayern über solche Anträge wenigstens zeigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Lassen Sie mich zusammenfassen, damit ich den Kollegen Redezeit für weniger juxtierte Anträge sparen kann. Jetzt ist klar, dass sich die Menschen in Bayern, die Meister, die Azubis, die Studierenden und die Schulfamilie, auf die Bayernkoalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU verlassen können. Sie reden, reden und reden, können sich aber in Berlin nicht durchsetzen. Wir liefern, und wir machen. Zu Beginn dieses Wahljahres sage ich Ihnen: Machen Sie so weiter! Bitte stellen Sie noch ganz, ganz viele solcher Sie selbst demaskierenden Anträge! Vielleicht gelingt es dann der FDP, die SPD auch noch unter 5 % zu drücken. Jedenfalls werden Sie dann ein wichtiger Motor für den Wahlerfolg der FREIEN WÄHLER und der CSU sein. Deshalb: Danke für die Unterstützung unserer Vorschläge! Wir werden liefern. Vielleicht versuchen Sie in Berlin auch einmal zu sagen, dass Sie es gut finden, was die FREIEN WÄHLER und die CSU in Bayern auf den Weg bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Dr. Mehring, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu darf ich Herrn Kollegen Florian von Brunn das Wort erteilen.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Mehring, was ich schon bei Herrn Bausback festgestellt habe, stelle ich auch bei Ihnen fest: Sie sind ganz schön angefasst. Sie ärgern sich richtig. Das beweist doch nur, dass wir mit unserem Dringlichkeitsantrag ins Schwarze getroffen haben. Wahrscheinlich sind die FREIEN WÄHLER auch darüber frustriert, wie wenig Herr Söder voranbringt. Deswegen sagen wir immer: Machen statt reden, handeln statt nur zu södern.

Sie haben hier in Bayern nahezu nichts vorangebracht. Sie haben gerade das Beispiel Verkehr genannt. Ich weiß nicht, ob Sie einmal in Ihren eigenen Koalitionsvertrag geschaut haben. Ich mache das öfters. Ich schaue mir an, was Sie alles versprochen und nicht umgesetzt haben. Da steht zum Beispiel ein 365-Euro-Ticket für die großen Städte drin. Umgerechnet ist das das 29-Euro-Ticket. Was haben Sie da gemacht? – Nicht einmal in Söders Heimatstadt Nürnberg ist das umgesetzt worden. Ein einheitliches Bayerntarifticket wurde auch nicht umgesetzt. Diese Liste könnten wir bis ins Unendliche fortsetzen.

Ich verstehe sehr gut, dass Sie sich aufregen. Vielleicht noch ein Vorschlag für eine Verkleidung in Veitshöchheim:

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben nur eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Florian von Brunn (SPD): Sie und Markus Söder könnten als Funkloch oder als nicht gebaute BayernHeim-Wohnung gehen. Vielleicht fällt Ihnen noch etwas anderes Passendes ein.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Fraktionsvorsitzender, lieber Herr Kollege von Brunn, Sie haben da etwas falsch verstanden. Ich bin nicht angefasst, ich bin amüsiert. Diese Koalition aus FREIEN WÄHLERN und CSU hat einen Koalitionsvertrag vereinbart, der insbesondere in den Gegenständen, die Sie heute kritisieren, nicht

nur bereits zu hundert Prozent erfüllt, sondern sogar übererfüllt ist. Ich nenne als Stichwort die neuen Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer. Sie können sich amüsieren, wie Sie wollen. Die Fakten sprechen hier eine andere Sprache.

Ich greife auch Ihr Beispiel Verkehr auf. Dieses Beispiel zeigt eindrucksvoll die bayerische Linie und das Berliner Ampel-Chaos. Sie schlagen ein 49-Euro-Ticket vor. Keiner weiß, wann und auf welche Weise das kommen soll. Wir sagen Ihnen schon heute a priori: Wenn Sie es irgendwann einmal werden hingebracht haben, Ihr Versprechen zu erfüllen, dann gibt es in Bayern nicht nur ein Ampel-49-Euro-Ticket, sondern für Studierende und Azubis sogar ein 29-Euro-Ticket. Das bedeutet – ich zitiere Herrn Kollegen Dr. Bausback –, Sie sind nicht die Mini-Ampel-Opposition, Sie sind wirklich die Mini-Opposition und ein Spiegelbild dessen, was Sie schon in Berlin nicht zustande bekommen und hier in Bayern kritisieren. Wir liefern! Würden Sie in Berlin so arbeiten wie wir hier in Bayern, wäre viel gewonnen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Oskar Atzinger für die AfD-Fraktion. – Herr Atzinger, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Bis dat, qui cito dat – doppelt gibt, wer schnell gibt. Ja, die Probleme in unserem Land sind enorm. Rasches Handeln ist angesagt, bevor diese Probleme unlösbar werden. Natürlich bräuchten wir an unseren Schulen keine 8.000 neuen Stellen, wenn die Kartellparteien unsere Grenzen nicht für Menschen ohne Deutschkenntnisse geöffnet hätten. Da die meisten dieser Menschen Deutschland nicht mehr freiwillig verlassen werden und diese täglich mehr werden, brauchen wir eben mehr Personal an unseren Schulen.

Folgerichtig muss die Attraktivität des Lehrerberufs erhöht werden. Statt A 13 für alle Lehrer plädiere ich allerdings für eine Erschwerniszulage für alle, die an Schulen mit einem hohen Migrationsanteil unterrichten.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist ein Nazi-Argument; es tut mir wirklich leid!)

Unser Land hat zu viele Akademiker und zu wenige Handwerker. Daher ist es dringend notwendig, dass nicht nur das Studium, sondern auch die Ausbildung zum Meister kostenlos ist. Auch günstige Busse und Bahnen gehören für mich zur Grundversorgung der Bevölkerung. Auszubildende und Studenten sind meist knapp bei Kasse. Daher sind aus meiner Sicht für diese Gruppen Vergünstigungen gerechtfertigt, aber bitte zeitlich begrenzt; denn sonst werden falsche Anreize gesetzt.

(Beifall bei der AfD)

Aber bitte nicht nur an Auszubildende und Studenten denken! Auch Rentner sind meist nicht auf Rosen gebettet. Daher sollten für diese die gleichen Vergünstigungen gelten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Christian Bernreiter. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der Dringlichkeitsantrag der FDP und SPD gibt mir die Möglichkeit, unser Vorhaben zum Ticket zu erläutern. Das ist ein guter Anlass, um die Notwendigkeit einer zeitnahen Einigung beim Deutschlandticket zu unterstreichen.

Wie von unserem Ministerpräsidenten angekündigt, werden wir in Bayern ein ermäßigtes Deutschlandticket für 29 Euro einführen. Das ist ein spezielles Angebot für Studierende, für Auszubildende und auch für alle, die einen Freiwilligendienst leisten. Für sie

machen wir den ÖPNV noch attraktiver. Selbstverständlich wollen wir unser bayerisches Ermäßigungsticket schnellstmöglich umsetzen. Unser Ziel ist, dass dieses Ticket ab dem Wintersemester 2023/24 zur Verfügung steht. Das ist noch vor der Wahl. Ich sage Ihnen das. Auszubildende beginnen das Ausbildungsjahr am 1. September. Das Wintersemester beginnt am 1. Oktober.

Die beteiligten Ressorts arbeiten eng zusammen und stimmen gerade alle wichtigen Inhalte und die Kostenverteilung ab. Das ist gar nicht so einfach. Es ist eine ganz große Aufgabe, die dahintersteht. Der Freistaat wird hierfür umfangreiche Mittel in die Hand nehmen. Wir sind natürlich auch mit den kommunalen Spitzenverbänden in Kontakt.

Meine Damen und Herren, für die Umsetzung brauchen wir aber erst einmal das Deutschlandticket. Ich denke, Sie werden mir zustimmen: Die Einführung unseres Ermäßigungstickets hängt mit dieser Einführung des Deutschlandtickets zusammen. Ich kann Ihnen das schon erklären: Es geht nämlich um die Aufteilung der Einnahmen. Wir brauchen nicht – –

(Florian von Brunn (SPD): Warum eigentlich? – Toni Schuberl (GRÜNE): Warum eigentlich?)

– Sie haben immer nur München im Blick. Das geht nicht – –

(Florian von Brunn (SPD): Wer ist denn für den Regionalverkehr zuständig?)

– Ja, wir sind für den Regionalverkehr zuständig, aber es geht um die Einnahmenaufteilung unter den teilhabenden Verkehrsunternehmen. Sie zeigen mit Ihrem Antrag, dass Sie von der Sache im Detail keine Ahnung haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Tobias Reiß (CSU): Nicht nur von dieser Sache!)

Wir brauchen keine neue Kommission, sondern wir müssen die ganze Kraft bündeln, damit wir das Ticket jetzt auch voranbringen. Unsere Arbeit in Bayern läuft auf Hochtouren; denn uns liegt viel an einer schnellen Umsetzung, nämlich spätestens zum 1. Mai 2023.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ich bin kritisiert worden: Bernreiter ist zu langsam; der will nicht; warum machen wir es nicht zum 1. Januar? – Meine Kollegen aus den grünen Bundesländern haben schon immer gesagt: 1. April vielleicht, aber eher 1. Mai. Ich habe gesagt: 1. April. Wenn wir uns im Oktober 2022 auf der Verkehrsministerkonferenz geeinigt hätten, dann hätten wir es zum 1. April einführen können.

Sie kennen meine Haltung. Ich habe immer gesagt, dass das Angebot wichtiger ist als der Tarif. Davon bin ich nach wie vor überzeugt. Wir stehen zu unseren Vereinbarungen. Wir sind wie immer ins Gelingen verliebt. Wir bremsen nicht, sondern drücken aufs Tempo.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wie gesagt, ich hätte mir schon bei der Verkehrsministerkonferenz in Bremerhaven im Oktober eine Einigung gewünscht. Leider hat es viele Diskussionen und Druck gebraucht, bis sich der Bund zu einer 50-prozentigen Beteiligung an den Mehrkosten bekannt hat. Damit die Einführung wie angekündigt bis Mai klappt, ist der Bund am Zug. Er muss die offenen Punkte zügig klären. Der Bundesverkehrsminister spricht zwar davon, –

(Florian von Brunn (SPD): Es ist immer der Bund!)

– dass das Deutschlandticket bald starten soll, es sind aber noch viele Fragen offen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Wie gesagt, auch hier ist er eher ein Ankündigungsminister. Er muss jetzt zeitnah liefern. Wir haben es am Wochenende gelesen: Es waren die B-Länder Bremen, Baden-Württemberg und Bayern, die entsprechend in die Bütt gegangen sind, weil es nicht vorangeht. Der Bund hat die Fragen des Beihilferechts noch nicht abschließend mit der EU-Kommission geklärt. Außerdem braucht es schneller Klarheit über die gerechte Aufteilung der Einnahmen. Dafür setzt sich insbesondere Bayern ein, damit auch die kleineren Unternehmen im ländlichen Raum ihr Auskommen haben.

Beim Vertrieb bröckelt es ebenso. Das Ticket darf es bis zur Einführung nicht nur digital geben. Es gibt auch Menschen, die kein iPhone haben und auch keines bestellen können. Wir sind an einer Lösung dran. Ich habe nicht verstanden, warum man nicht auf einen Kompromiss eingeht. Alle Länder haben sich verständigt. Ich habe gerade vor fünf Minuten eine Mail bekommen: Der Bund habe signalisiert, man könnte sich dem Kompromiss vielleicht anschließen. Am Freitag findet eine Schalte zu einer Sonderkonferenz der Verkehrsminister statt. Man sieht also: Der Druck nutzt schon, wenn man ihn entsprechend aufbaut. Der Bund muss sich aber beeilen und die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Beschlussfassung dafür ist für den 31. März geplant. Der Zeitplan ist insgesamt sehr ambitioniert.

Meine Damen und Herren, mich wundert sehr, dass ausgerechnet zwei Ampel-Parteien uns auffordern, ein zusätzliches Ticket außerhalb des Systems sofort einzuführen. Zur Beschlussfassung schlage ich vor, dass Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin um schnellere Entscheidungen bitten; denn dann kommen wir auch hier schnell weiter. Herr von Brunn, Sie rühmen sich ja immer, einen guten Draht zum Kanzleramt zu haben.

(Florian von Brunn (SPD): Das 365-Euro-Ticket steht im Koalitionsvertrag!)

Sie würden deutschlandweit berühmt werden, wenn Sie das jetzt schnell umsetzen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zur zeitlichen Einordnung: Das Sommersemester 2023 beginnt an den Hochschulen am 15. März. An den Universitäten beginnt es am 1. April. Die Änderung des Regionalisierungsgesetzes für die Einführung des Deutschlandtickets hat der Bund für den 31. März – also nach den von mir genannten Daten – im Bundesrat angesetzt.

Der Dringlichkeitsantrag legt offen. Es liegt jetzt am Bund und vor allem am Bundesverkehrsministerium, die Hausaufgaben zu machen. Der Antrag zeigt – ich habe es Ihnen schon gesagt –, dass Sie den riesigen Aufwand und die Vorläufe verkennen, die für die Einführung eines solchen Tickets notwendig sind. Die Einführung eines Deutschlandtickets bis März ist illusorisch. Jetzt noch schnell ein eigenes Ticket mit allen auszuhandeln und die Einnahmenaufteilung zu regeln – da geht es ja nicht nur um den MVV, sondern um den bayernweiten Verkehr –, ist jenseits des Vorstellbaren. Das muss ich Ihnen ganz klar sagen. Die kommunalen Spitzenverbände, die Kommunen, die Verkehrsunternehmen und Verbände arbeiten seit Wochen intensiv an der Umsetzung. Die Vertriebssysteme werden in kürzester Zeit aus dem Boden gestampft. Ich danke diesbezüglich ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen ganzen Organisationen für ihren Einsatz.

Ich kann Ihnen sagen: Das bayerische Ermäßigungsticket kommt. Aber wir machen einen Schritt nach dem anderen. Wir werden das dann noch vor der Landtagswahl umsetzen. Der Dringlichkeitsantrag von FDP und SPD ist abzulehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen zwei Meldungen zu je einer Zwischenbemerkung vor. Ich korrigiere: Gerade noch rechtzeitig liegt jetzt noch eine dritte Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Sebastian Körber von der FDP-Fraktion das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Herr Staatsminister, das Stichwort war "Ankündigungsmeister". Die Staatsregierung hat ja großspurig ein 365-Euro-Jahresticket angekündigt. So-

weit ich weiß, ist das auch im Koalitionsvertrag niedergeschrieben. Aus dem Ticket ist, wie wir alle wissen, nichts geworden. Das sind wir aber schon gewohnt. Sie sagen, na ja, ich kann gar nicht sagen, wie viel mich das kostet, und ich kann es nicht vorher einführen, dann lautet meine konkrete Frage: Wäre es denn rechtlich zulässig und möglich, und liegen Ihnen dazu Erkenntnisse vor, ein Ermäßigungsticket jetzt schon einzusetzen, zum Beispiel am 1. Februar 2023 beginnend, ja oder nein?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Lesen Sie bitte den Koalitionsvertrag. In diesem steht drin, dass das 365-Euro-Ticket ein langfristiges Ziel ist. Dort steht auch drin, dass wir mit den Schülern in den Großstädten beginnen.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Dann ist die Legislaturperiode vorbei!)

In den großen Städten sind wir dabei. Dann hat es geheißen: Es wird entsprechend evaluiert.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wenn wir die Zeit gehabt hätten – man braucht nämlich einen Vorlauf –, dann hätten wir zum 1. März oder 1. Februar 2023 ein Ticket einführen können. Es geht aber um die Verteilung. Es gibt so viele Beteiligte. Sie können so ein Ticket nicht sofort aus dem Boden stampfen. Darum ist unsere Meinung, dass wir das auf das Deutschlandticket aufsetzen. Wir arbeiten daran; wir wollen die Arbeit aber nicht doppelt machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Sebastian Körber (FDP): Nichts gemacht! Wie immer!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Florian von Brunn das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sie haben ja jetzt etwas zum 29-Euro-Ticket gesagt, auch wenn es mich nicht ganz überzeugt. Sie sind ein Mitglied der Staatsregierung, das jetzt hier stellvertretend den Kopf hinhalten muss. Der Ministerpräsident ist das

26. Mal von 31 Plenarsitzungen seit Januar 2022 nicht anwesend. Das unterscheidet ihn von vielen anderen Ministerpräsidenten, die regelmäßig in ihrem jeweiligen Landesparlament anwesend sind.

Weil Sie jetzt aber gerade am Rednerpult stehen und das vertreten müssen, ist meine konkrete Frage: Woher kommen die 6.000 Lehrerstellen und die 2.000 anderen Stellen? Was ist mit dem Meister-BAföG? Herr Bernreiter, vielleicht können Sie uns bei dieser Gelegenheit auch noch sagen, wie viele BayernHeim-Wohnungen bis zum Wahltermin fertig gebaut werden. Vielleicht haben Sie dazu eine konkrete Zahl.

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Für die ersten zwei Fragen bin ich nicht zuständig. Die Zuständigen sitzen hier im Plenum. Zu diesen Fragen werde ich mich deshalb nicht äußern. Zur BayernHeim, das habe ich Ihnen wiederholt gesagt: Wir sind sehr gut unterwegs.

(Florian von Brunn (SPD): In der Pipeline!)

Wir haben Verträge. Wir haben das abgeschlossen. Das Ziel war 2025. Es hat aber eine Corona-Krise gegeben, und es gibt einen Krieg.

(Florian von Brunn (SPD): Nicht ablenken!)

Schauen Sie Ihr eigenes Ziel an! Da lese ich nichts. 400.000 Wohnungen sind für 2022 versprochen, und 400.000 Wohnungen sind für 2023 versprochen. Diese Ziele werden krachend verfehlt. Dazu lese ich nichts, dazu sagen Sie Ihrerseits gar nichts!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Nicht ablenken!)

– Auch Sie Ihrerseits bitte nicht ablenken! – Sie werden schauen, wie weit wir 2025 sind.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Da werden wir schauen!)

– Da können Sie schauen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zu einer dritten Zwischenbemerkung erteile ich dem Kollegen Dr. Markus Büchler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, dass man so ein neues Ticket nicht sofort umsetzen kann, speziell in Bayern, kann ich mir natürlich schon vorstellen. Wir haben ja auch ein bisschen arg hinterwäldlerische Strukturen, oder?

(Lachen des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

Herr Staatsminister, Sie sind ja noch nicht so arg lang im Amt. Würden Sie bei dem, was Sie hier im Verkehrs- und ÖPNV-Bereich vorgefunden haben – wir haben noch nicht einmal flächendeckende Verkehrsverbünde –, denn nicht auch sagen, dass es da halt einfach haarsträubend schwierig ist, ein modernes Ticket einzuführen? Wie kommen wir denn da auf einen modernen Stand?

Staatsminister Christian Bernreiter (Wohnen, Bau und Verkehr): Wir sind dabei. Wir erweitern derzeit den MVV, den VGN. Wir haben überall Verbundstudien laufen. Ich habe immer gesagt: So einen generellen Verbund können Sie nur mit einem Riesengeldbeutel gestalten, weil Sie das mit Geld zuschütten müssen. Sonst können Sie das nicht machen, und man kann das Geld nur einmal einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aussprache hiermit geschlossen, und wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/26040. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten, und die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 19:21 bis 19:23 Uhr)

Während die Abstimmung läuft, gebe ich noch bekannt, dass auch zum Dringlichkeitsantrag mit der Rangziffer 5 der AfD-Fraktion "Keine Dieselfahrverbote in Bayern" auf Drucksache 18/26044 namentliche Abstimmung durch die AfD-Fraktion beantragt worden ist.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Gibt es noch technische Probleme? Können alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmen abgeben? – Dann schließe ich die namentliche Abstimmung.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion und der SPD-Fraktion betreffend "Jetzt entschlossen handeln: Mehr Lehrkräfte, kostenlose Meisterausbildung und 29-Euro-Ticket für Auszubildende und Studierende sofort umsetzen", Drucksache 18/26040, bekannt: Mit Ja haben 54 gestimmt, mit Nein haben 69 gestimmt, Stimmenthaltungen: 14. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 25.01.2023 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion FDP, der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer u. a. und Fraktion SPD; Jetzt entschlossen handeln: Mehr Lehrkräfte, kostenlose Meisterausbildung und 29-Euro-Ticket für Auszubildende und Studierende sofort umsetzen (Drucksache 18/26040)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Enghuber Matthias		X	
Adje Benjamin	X			Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina			
Arnold Horst	X			Fischbach Matthias	X		
Atzinger Oskar			X	Flierl Alexander		X	
Aures Inge	X			Flisek Christian			
Bachhuber Martin		X		Franke Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl			
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara	X		
Bayerbach Markus				Füracker Albert			
Becher Johannes				Gehring Thomas	X		
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz			X	Glauber Thorsten		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin			X	Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal	X			Graupner Richard			X
Brandl Alfons		X		Grob Alfred			
Brannekämper Robert				Güller Harald			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra			
von Brunn Florian	X			Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus	X			Hagen Martin	X		
Busch Michael	X			Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne			X	Hartmann Ludwig	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Hauber Wolfgang		X	
Demirel Güleren				Haubrich Christina	X		
Dorow Alex		X		Hayn Elmar	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli			X
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin			X	Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian	X		
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra	X		
Enders Susann		X		Hintersberger Johannes			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas	X		
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			X
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	54	69	14